

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Bildung ist nicht alles, aber ohne Bildung ist heutzutage alles nichts – das musste auch Ministerpräsident Tillich gerade feststellen: Niemand interessiert sich mehr für das ständige Selbstlob der schwarz-gelben Koalition wegen ihrer „Sparpolitik“, sondern zunehmender Unterrichtsausfall und sich verschärfender Lehrermangel beherrschen das landespolitische Geschehen.

Herr Tillich reagierte auf die Initiativen der demokratischen Opposition – darunter auch der Antrag der Fraktion DIE LINKE zur wirksamen Bekämpfung des Unterrichtsausfalls – im Landtag in seiner gewohnten Weise: mit Schweigen. Mittlerweile lässt er vernehmen, die von ihm selbst zu Beginn der Legislaturperiode ausgerufene Zielzahl von 70.000 Landesbeschäftigten am Ende des Jahrzehnts, was einer Reduzierung um ein Fünftel gleichkommt, solle nun doch nicht mehr gelten.

Wir hatten ihm schon 2009 vorge-rechnet, dass ein solcher Schnitt bedeutet, Lehrer/innen bzw. Polizistinnen und Polizisten in Größenordnungen „einzusparen“ und damit die Qualität der Schulen bzw. das Niveau der öffentlichen Sicherheit aufs Spiel zu setzen.

Statt der Stellenzahl will Tillich jetzt eine bestimmte Personalkostenhöhe festschreiben lassen – was genauso willkürlich und realitätsfremd ist. Stattdessen braucht Sachsen eine objektive Bedarfsanalyse und ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept, damit nicht Landesbedienstete entlassen werden, die das Land dringend braucht!

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

LINKES Handlungskonzept gegen Armut im Alter

Schon oft hat die Fraktion DIE LINKE die Altersarmut zum Plenarthe-ma gemacht. Zuletzt in der Aktuellen Debatte am 3. April, diesmal ging es konkret um die steigende Zahl an armen Rentnerinnen in Sachsen. Schon heute ist Altersarmut bei Frauen stärker verbreitet als bei Männern, weil sie zumeist weniger Rente bekommen als Männer. Grund dafür ist, dass der Anteil sächsischer Frauen bei Teilzeit- und Minijobs sowie im Niedriglohnsektor überdurchschnittlich hoch ist. Frauen haben zudem öfter unterbrochene Erwerbsbiografien und werden im Vergleich zu Männern noch immer schlechter bezahlt. „In Sachsen erhalten Frauen nicht einmal zwei Drittel des Lohnes westdeutscher Männer“, weiß Dietmar Pellmann. Der Sozialexperte der Linksfraktion schrieb der Regierungskoalition ins Stammbuch, wie der fortschreitenden Frauen-Altersarmut zu begegnen ist: „Die Staatsregierung muss endlich ein Gesamtkonzept vorlegen. Unternehmen,

die gegen das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ verstoßen, sollten keine Aufträge der öffentlichen Hand mehr erhalten. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von mittelfristig zehn Euro ist dringend geboten. So lange es diesen bundesweit noch nicht gibt, dürfen in Sachsen nur Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die Mindestlohn zahlen. Und: Wir brauchen

eine Mindestrente, die weit über dem heutigen Grundsicherungsniveau liegt, aber leistungsabhängig ist. Die Herstellung der deutschen Renteneinheit ist überfällig, zumal sie ostdeutsche Frauen zusätzlich benachteiligt. Wer das alles für unbezahlbar hält, dem sage ich: Durch ein gerechtes Steuersystem stünden genügend Mittel zur Verfügung, um den Kampf gegen Frauenarmut erfolgreich zu führen.“



© Bernd Lang / PIXELIO

LINKE startet Online-Anhörung zur Verwaltungs-Transparenz

Die Fraktion DIE LINKE hat ihren Gesetzentwurf für eine transparente Verwaltung (Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung und die Freiheit des Informationszugangs im Freistaat Sachsen) im Internet zur Diskussion gestellt. „Die Grundidee des Gesetzes ist, die Bürger/innen und den Staat auf Augenhöhe zu bringen. Wir meinen, was die Verwaltung weiß, sollen auch die Bürger wissen können. Was mit öffentlichem Geld erarbeitet wurde, wie z.B. Expertisen oder Statistiken, soll auch der Öffent-

lichkeit zugänglich sein“, erläutert Julia Bonk, Fraktions-sprecherin für Datenschutz, Verbraucherschutz und neue Medien, das Anliegen.

Der Gesetzentwurf enthält eine notwendige Verfassungsänderung, um jeder Person einen verfassungsrechtlich garantierten Informationszugang zu bieten, eine Umkehr hin zu einer generellen Öffentlichkeit von Informationen der öffentlichen Stellen, Abschaffung des althergebrachten Amtsgeheimnisses sowie

die Festschreibung weitergehender konkreter Informations- und Veröffentlichungspflichten der Staatsregierung und öffentlichen Stellen im Bereich der Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherinformationen in einem Gesetz aus einem Guss. Auch Geheimverträge soll es nicht mehr geben können. Einzig ausgenommen vom Informationsanspruch sind die Interessen betroffener dritter Einzelpersonen im Sinne des Datenschutzes, nicht aber von Unternehmen etwa bei Lebensmittelkontrollen. Die neue Aufgabe der Wahrung des Informationsanspruches soll in einer veränderten Konstruktion beim Sächsischen Datenschutzbeauftragten angesiedelt werden. Die Veröffentlichung der entsprechenden Informationen ist im Internet in Form eines Portals vorgesehen.

Damit der Gesetzentwurf vor seiner Einbringung ins Parlament von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden kann, sodass Kritiken und Anmerkungen mit aufgenommen werden können, sind alle auf www.linksfraktionsachsen.de/onlineanhoeuerung eingeladen, mit zu diskutieren und das Werk noch besser zu machen. „Diese Beteiligungsoffenheit ist für uns Ausdruck eines neuen Politikverständnisses, das auch jenseits der parlamentarischen Debatte auf die Teilhabe einer und eines Jeden setzt“, so Bonk.



© itestro / Fotolia.com

DIE LINKE hat den Grünen Daumen

Wenn Hunderte Kleingärtner/innen im Dresdner Landtag auftauchen, um eine Plenarsitzung live mitzuerleben, dann darf man davon ausgehen, dass es „pressiert“. So geschehen am 4. April. Erneut hatte sich DIE LINKE Laubenpiepern zugewandt und die „Zukunft des Kleingartenwesens“ zum Top-Thema im Landtag gemacht.

Die Fakten dafür lieferte eine Große Anfrage der Fraktion mit dem Titel „Konzeption und Handlungsstrategien der Staatsregierung zur Schaffung von Rahmenbedingungen für die Sicherung und Fortentwicklung des sächsischen Kleingartenwesens bis zum Jahr 2020“ (Drs 5/5759). Was die Staatsregierung auf die zahlreichen Teilfragen zu antworten hatte, rief DIE LINKE und den Landesverband der Kleingärtner, der immerhin 220.000 Mitglieder vertritt, auf den Plan.

So sorgte der vom Freistaat beabsichtigte Verkauf landeseigener Kleingarten-Flächen für Unmut. Für das 15fache des Pachtzinses sollen Kleingärtner ihre Scholle kaufen. Direkt betroffen: 130 Vereine mit 9.000 Pächtern. „Flurbereinigung“, nennt das der **Rechtsexperte der LINKEN, Klaus Bartl**, und warnte ebenso wie der Kleingarten-Landesverband, sich auf den Deal einzulas-



sen: „Das Problem ist, dass mit dem Kauf die Flächen unbefristet nur für Kleingartenzwecke genutzt werden dürfen. Das aber kann zum finanziellen Desaster werden, wenn ein Kleingartenverein bspw. auf Grund von Überalterung aufgeben oder sich aus Mitgliedermangel auflösen muss. Dann würde eine Nachzahlung auf den Kaufpreis fällig, wobei es dann wohl um die Differenz zum Verkehrswert der Fläche bezogen auf Baulandpreise ginge, womit den von der Abwicklung betroffenen Vereinsmitgliedern eine Verschul-

dung droht.“ Aufgrund des massiven Drucks nach der Plenarsitzung, lenkte die Staatsregierung ein und änderte die Verkaufsbedingungen so, dass eben diese Risiken nicht mehr gegeben sind.

Neben dem Flächen(ver)kauf sind Sachsens Kleingärtner mit zahlreichen weiteren Problemen belastet, darunter – zeitweilig und regional verschieden – mit bis zu 16 unterschiedlichen Kommunalabgaben. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb einen Entschließungsantrag (Drs 5/8782)

formuliert und ins Plenum eingebracht. Darin fordert die Fraktion die Staatsregierung auf, neben einer Konzeption für den langfristigen Schutz und die Weiterentwicklung des Kleingartenwesens in Sachsen neue Initiativen des Landes auf Bundesebene auf den Weg zu bringen, damit die schon seit über zehn Jahren angekündigte Neuregelung zur Erhebung der Grundsteuer B für Kleingartenflächen, die mit einer Laube über 24 bzw. 25 qm bebaut sind, endlich zum Abschluss gebracht wird. Ziel ist, dass Gartenlauben bis zu einer Größe von 30 qm nicht mehr gesondert bewertet und von der Grundsteuer B befreit werden können.

Klaus Bartl forderte namens der Linksfraktion den Freistaat Sachsen auf, „sich jeglichen Drucks auf die Kleingärtner/innen zum Kauf des Landes zu enthalten, denn Kleingartenanlagen nehmen durch ihre Existenz und durch ihr Wirken als so genannte weiche Standortfaktoren wichtige soziale und kulturelle Funktionen für die Bürgerinnen und Bürger wahr. Sachsen ist nach wie vor das Bundesland mit der größten Dichte an Kleingärten. Das Kleingartenwesen bedarf auch zukünftig der besonderen Förderung und Unterstützung des Landes, der Kreise und Kommunen.“

Lehrermangel, Stundenausfall und Ministerflucht

Es war wenig überraschend, dass Lehrermangel und Unterrichtsausfall einen breiten Raum im April-Plenum einnahmen. Der Minister war von der Fahne gegangen, landesweit protestierten Schüler, Eltern und Lehrer. Auch wenn Lars Rohwer (CDU) für Neu-Ministerin Kurth eine Schonfrist einfordern und der „armen Frau“ die vielen Anträge der demokratischen Opposition nicht zumuten wollte, musste die Staatsregierung dennoch viele unangenehme Fakten zur Kenntnis nehmen.

Für **Linkspolitikerin Cornelia Falken** ist der immense Unterrichtsausfall in Sachsen schlicht Staatsversagen: „Es ist doch egal, ob der oder die Kultusminister/in Flath, Wöller oder Kurth heißt: Es ist die

engstirnige Sicht dieser Staatsregierung, die nicht merkt oder nicht merken will, wie brisant die Lage ist. Wenn der Finanzminister sich hinstellt und sagt: ‚Kein Staat kann alle Maximalwünsche erfüllen‘, dann hat er nichts verstanden. Es geht nicht um Wünsche, sondern um die Pflicht des Freistaates. In Sachsen herrscht Schulpflicht und die Schüler haben einen Anspruch auf die Erfüllung der Stundentafel und der Lehrpläne.“

Selbst nach Statistiken des Kultusministeriums gibt es Schulen in Sachsen, die bis zu 18 Prozent Unterrichtsausfall haben, Schüler, die bis zu einem halben Jahr kein Physik oder Mathe oder Kunst oder Geschichte oder Sport haben. Schulleiter, die nur bis zu drei Pro-



zent Unterrichtsausfall melden dürfen. Klassenzusammenlegung, ein Lehrer für zwei Klassen, Eltern, die

Schüler betreuen, wenn der Lehrer krank ist; Lehrer, die in einer Unterrichtsstunde nur zwanzig Minuten unterrichten, den Schülern dann Aufgaben geben, damit sie pünktlich in der nächsten Schule zum Unterricht erscheinen. Halbjahreszeugnisse, auf denen für einzelne Fächer keine Noten erteilt werden konnten.



„Die Zeit für die sorgfältige Vorbereitung des neuen Schuljahres ist knapp, der Zahlenpoker muss endlich aufhören. Deshalb muss die neue Kultusministerin JETZT handeln!“, so Bildungsexpertin Cornelia Falken.

Sonne, Wind und Tillich

Der zukunftsorientierten Industrie Sachsens Steine in den Weg zu legen, warf **Dr. Jana Pinka** dem sächsischen Ministerpräsidenten auf der Plenarsitzung vom 4. April vor. Hintergrund war die wage Haltung der Koalition zur Kürzung der Solarförderung. Per Antrag (Drs 5/8622) forderte DIE LINKE die Staatsregierung auf, sich am 11. Mai im Bundesrat „im Schulterschluss mit anderen Bundesländern, wie Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz“ den radikalen Kürzungsvorstellungen im „Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien“ entgegenzustellen. „Sie sollen für die sächsische Solarwirtschaft kämpfen, das erwarten wir von Ihnen“, forderte Jana Pinka den Regierungschef auf.

Dabei sind für DIE LINKE nicht die Reduzierungen an sich das Problem, sondern deren Kurzfristigkeit und Höhe. „Reduzierungen wurden immer auch von den Vertretern der Erneuerbaren Energien mitgetragen, wenn auch in zugesagten Fristen und im Vertrauen auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit“, erläuterte Pinka und forderte Verbesserungen im Gesetz, „um dem

Absatz einheimischer Produkte eine reale Chance zu geben.“ Im Bereich von Sachsens Solarwirtschaft waren 2011 ca. 6.800 Menschen beschäftigt, die Kürzungspläne blockieren also nicht nur den Umbau des Energiesystems, sondern sie gefährden auch Arbeitsplätze im Freistaat.

Für ihre Argumentation im Bundesrat schlug DIE LINKE der Staatsregierung vor, schnellstens eine

Local-Content-Regelung auf den Weg zu bringen, die heimische Produkte schützt, indem wie in Italien und Frankreich eine Zehn-Prozent-Bonus-Regelung für Anlagen eingeführt wird, die einen Mindest-Wertschöpfungsanteil in Europa haben. „Was dagegen der jetzige Gesetzesentwurf beinhaltet, wird gerade den Verbraucher dazu veranlassen, noch stärker asiatische Produkte zu kaufen, denn das anhaltende Preisdumping können unsere Unternehmen nicht mehr stemmen“, so Pinka.

Ein weiterer Kritikpunkt der LINKEN am neuen Gesetzentwurf ist die darin vorgesehene erhebliche Senkung des Zielkorridors der Ausbauleistung von Photovoltaikanlagen. „Damit wird auch der im Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland von 2010 enthaltene Ausbau der Photovoltaikleistung auf 52 GW im Jahr 2020 nicht mehr erreicht werden können“, schätzt Pinka ein: „Um die Gesamtziele für den Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen, müsste eine Verminderung von Solarstrom zum Beispiel durch eine höhere Erzeugung von Strom aus Windkraftanlagen ausgeglichen werden.“ Das jedoch ist allein schon durch die Abwehrhaltung der FDP nicht zu erwarten.



© www.factory-7.de

Der lange Weg zur (parlamentarischen) Arbeit

Die CDU musste zum Jagen getragen werden. Wieder einmal. Diesmal betraf es den Untersuchungsausschuss (UA 3) zum Nazi-Terrorrio NSU, den die Koalition nicht wollte,

und den die demokratische Opposition durchsetzte.

Nun also versuchte Ausschussvorsitzender Patrick Schreiber (CDU)

die Bummeltaktik und wollte nicht – oder zumindest nicht gleich – mit der Arbeit beginnen. Und wurde – wieder einmal – von „Rot-Rot-Grün“ unter Nutzung ihres Minderheitenrechts dazu gezwungen.

Am 17. April rief der UA 3 seine insgesamt 19 Mitglieder nun endlich zum ersten Mal zusammen. Für die Fraktion DIE LINKE sind das die MdL Klaus Bartl, Rico Gebhardt, Freya-Maria Klinger und Kerstin Köditz, wobei Bartl auch stellvertretender Ausschussvorsitzender ist und Köditz die Fraktion als Obfrau vertritt.

Während das genannte Oppositions-Trio umgehend Anträge zu Zeugenbefragungen stellte, gefallen sich die schwarz-gelben Ausschuss-Mitglieder im Nichtstun, sodass voraussichtlich nicht vor dem 15. Juni erste Zeugen gehört werden können.



Foto: efa



Plenarspiegel April 2012

Am 3. und 4. April 2012 fand die 53. und 54. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Folgende parlamentarische Initiativen wurden von bzw. mit der Fraktion DIE LINKE eingebracht:

Aktuelle Debatte:

Drohende **Altersarmut von Frauen** in Sachsen und die Staatsregierung bleibt untätig

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und GRÜNE zur Festlegung der Mitgliederanzahl des 3. Untersuchungsausschusses – **Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen** (Drs 5/8701)

Große Anfrage:

Konzeption und Handlungsstrategien der Staatsregierung zur Schaffung von Rahmenbedingungen für die Sicherung und Fortentwicklung des sächsischen **Kleingartenwesens** bis zum Jahr 2020“ und die Antwort der Staatsregierung (Drs 5/5759; **Entschließungsantrag**: Drs 5/8782)

Anträge:

– **Unterrichtsausfall** in Sachsen unterbinden! – mit Stellungnahme der Staatsregierung (Drs 5/7493)

– Ablehnung des Gesetzesvorhabens zur Kürzung in der Solarförderung – Für eine verlässliche, planungssichere und zukunftsorientierte Förderung der Solarenergie (Drs 5/8622)

In den **Landtagsausschüssen** wurden drei **Anträge** der LINKEN zu folgenden Themen behandelt:

– Energiegipfel und **Strommix-Offensive** in Sachsen: Energieversorgung zukunftsfähig ausrichten, keine Energie aus Atomkraft. (Drs 5/5611)

– Errichtung einer **Stiftung „Sächsische Industriekultur“** (Drs 5/6231)

– Dezentrale Unterbringung der nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz in Sachsen aufgenommenen **Migrantinnen und Migranten** (Drs 5/8100)

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Der gute böse Mensch

Wie ist er denn nun, der Mensch? Ist er per se gut, oder eher von Grund auf böse? Diese und andere Fragen wurden am 2. April im DENKwerk LINKS gestellt. Einladet war die Landtags-Linksfraktion, Ausgangspunkt des philosophischen Abends das Buch „Weder Gut noch Böse. Warum sich Menschen wie verhalten“ vom **wissenschafts- und hochschulpolitischen Sprecher der Fraktion, Prof. Gerhard Besier**.

Besiers Schwerpunkte an der TU Dresden sind neben Religion, Staat,

Gesellschaft, Diktaturen und Freiheitsforschung auch religiöse und ethnische Minderheiten sowie europäische Zeitgeschichte. Sein Buch liefert mögliche Gründe menschlichen Verhaltens und die unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten dazu. „Das Buch sucht zu zeigen, wie sehr wir in sozial konstruierten Wirklichkeiten leben, uns an Bilder und Vorstellungen klammern, die in Krisensituationen allzu leicht zerbröseln können“, heißt es in der Beschreibung zu dem 358 Seiten starken Werk.

Im „Literaturhaus Villa Augustin“ beschrieb der Theologe, Psychologe und Historiker vor gutbesetzten Reihen, warum es lohnt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen: „Nach grausamen Taten Einzelner erstarrt unsere Gesellschaft regelmäßig in hilflosem Entsetzen. Man sucht nach Erklärungen für das anscheinend Unerklärliche, und alsbald nennen die Kommentatoren den Täter „böse“. Aber nicht nur Einzelne, sondern auch größere Verbände, ja ganze Völker können gemeinschaftlich Verbrechen begehen und dabei noch davon überzeugt sein, für eine gute Sache zu kämpfen.“

Neben Besier bestritt Prof. Niels Birbaumer, Psychophysiologe an der Universität Tübingen, den anregend lebhaften Abend. Die Moderation lag in den Händen von Fraktionssprecher Marcel Braumann.

Buchtipps:

Gerhard Besier:
„WEDER GUT NOCH BÖSE. Warum sich Menschen wie verhalten“

LIT-Verlag Münster,
ISBN 978-3-643-11610-9;
Preis: 29,90 Euro,
[bei Bezug über TU Dresden, Lehrstuhl für Europastudien, 18,00 Euro]



MdL Prof. Gerhard Besier (li.) und Prof. Niels Birbaumer (re.)

Gedanken ums Gedenken

Kürzlich stellten CDU, SPD, FDP und GRÜNE einen Entwurf für ein neues Gedenkstättengesetz (Drs 5/8625) vor. Nicht nur für die Linksfraktion war das überraschend. Auch einige Opferverbände waren erstaunt, schließlich zog sich die Findungsphase für ein Gesetz, welches den Opfern des Nationalsozialismus ebenso gerecht wird wie denen, die in der DDR zu Schaden kamen, seit Jahren ergebnislos hin.

Ebenso merkwürdig war der Ausschluss der LINKEN, zumal diese u.a. vor mehr als vier Jahren als erste Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf zur Novellierung des Gedenkstättengesetzes vorgelegt hatte, um endlich den unhaltbaren Zustand zu beenden, dass mehrere Opferverbände u.a. wegen der im Gesetz enthaltenen Gleichsetzung der Nazi-Zeit mit der DDR nicht mehr in den Gremien der Stiftung mitarbeiten konnten und wollten.

„Wir hatten unseren Gesetzentwurf im Interesse einer Kompromissfindung und wegen der laufenden Vermittlungsbemühungen von Vertretern der Staatsregie-

rung auf deren Bitte hin in Konsultation mit den regierungstragenden Fraktionen ruhen lassen und nicht im Landtag zur Abstimmung gestellt. Leider kam dennoch kein neues Gesetz zustande, weshalb wir die Angelegenheit zu Beginn der Wahlperiode erneut thematisierten und beantragten, den beschämenden Umgang mit den NS-Opferverbänden zu beenden (Drs 5/698). Wir hätten uns gern in

die Erarbeitung des jetzt vorgelegten Gesetzentwurfs eingebracht“, bedauert der LINKE Fraktionschef André Hahn.

Ungeachtet dessen wird sich DIE LINKE in Absprache mit den Opferverbänden weiter in die parlamentarische Beratung einbringen und Vorschläge zur weiteren Qualifizierung des Gesetzentwurfes unterbreiten.



Gedenkstätte zur Erinnerung an die KZ-Außenstelle im Kamenzer Herrental



So kann man auch mit kleinen Sachen Menschen große Freude machen...

Ich hatte ihm prophezeit, dass er damit in den Zeitungs-Wochen-End-Kolumnen landen würde. Und ich hatte ihm auch gesagt, dass er sich damit in der LINKS-Zeitung wiederfinden würde. Das hat er nun davon, der Enrico, den alle nur Enno nennen und dessen flotte Lippe sich hin und wieder selbstständig macht. Wie am wirklich späten Abend des ersten Plenartages im April. Zugegeben, das Ansinnen der Grünen, zu später Stunde über die Förderung von „Radabstellanlagen in den Liegenschaften Sachsens“ fachsimpeln zu wollen, war kühn. Die CDU-Rednerin regte sich auch gleich über den verschwurbelten Begriff auf und schnauzte, sie werde nur über „Fahrradständer“ reden. Dass tat auch der LINKE Redner, nur eben auf seine Weise. Um zu zeigen, dass seine Fraktion den Antrag zwar nicht für den Brüller hält, ihm in der Sache aber durchaus zustimmen könne, philosophierte MdL Stange (!): „Im Zweifel lieber einen Ständer mehr als einen zu wenig.“ Das Protokoll vermerkt nach diesem Satz „Heiterkeit und Beifall“ ... Und ich vermerke an dieser Stelle: Prophezeiung erfüllt, und zwar gleich zwei Mal. efa

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag